

Demo 83 – Zusatzinformationen für Lehrer

1. Anfang der 1980er Jahre geht das Wettrüsten des Kalten Krieges in eine neue Runde, als auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs neue Atomraketen stationiert werden. Gegen diese politischen und militärischen Entscheidungen protestieren sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der DDR viele Menschen.

Seit 1976 tauscht die UdSSR ihre auf West- und Mitteleuropa gerichteten Mittelstreckenraketen vom Typ SS 4 bzw. SS 5 durch den neuen Typus SS 20 aus. Dieser ist zielgenauer, hat eine größere Reichweite und kann auch mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden. Die NATO reagiert darauf 1979 mit dem so genannten NATO-Doppelbeschluss. Einerseits werden der Sowjetunion neue Abrüstungsverhandlungen angeboten. Andererseits drohen die NATO-Staaten damit, selbst neue Waffensysteme in Stellung zu bringen, falls diese Verhandlungen scheitern sollten.

Angesichts dieser neuen Spirale der Aufrüstung bildet sich in beiden Teilen Deutschlands eine Friedensbewegung heraus. Gegen den NATO-Doppelbeschluss demonstrieren in der Bundesrepublik zwischen 1981 und 1983 Hunderttausende. Am 22. Oktober 1983 versammeln sich im Bonner Hofgarten mehrere Hunderttausend Menschen zur bis dahin größten Demonstration in der deutschen Geschichte. Auch in der DDR versuchen Friedensaktivisten gegen das Wettrüsten zu protestieren und geraten in Konflikt mit den DDR-Behörden.

Der gesellschaftliche Protest nützt wenig. 1983 werden in der Bundesrepublik neue Raketensysteme vom Typ Pershing II und Marschflugkörper (Cruise Missiles) als Antwort auf die Rüstungspolitik der UdSSR stationiert.

(Zeitraumen ca. 30 min)

2. In der Konfrontation zwischen der westlichen Welt und den Staaten des Ostblocks versucht die DDR-Führung die DDR als Friedensstaat zu profilieren. Der Sozialismus wird als ein Weg präsentiert, der eine friedliche Zukunft verheißt. Die kapitalistischen Länder werden von der offiziellen Propaganda als die wahren Aggressoren dargestellt.

a) Die Abbildungen zeigen Szenen aus dem Alltagsleben in der DDR. Sie verdeutlichen, wie stark die SED-Führung auf eine Militarisierung der Gesellschaft setzt. Schon die Kinder in der DDR werden mit Spielen oder im Schulalltag an das Militär und das Leben als Soldat gewöhnt. Bei älteren Schülern sind es nicht mehr nur Spiele, sondern mit Wehrübungen und Wehrkundeunterricht werden sie zielstrebig auf den Dienst an der Waffe vorbereitet. Auch bei gesellschaftlichen Veranstaltungen ist es üblich, dass Soldaten, auch wenn sie privat daran teilnehmen, Uniform tragen. Auch vor den Betrieben macht die Militarisierung der DDR-Gesellschaft nicht halt. Werktätige werden in den paramilitärischen Kampftruppen organisiert.

b) Schon in den Kindergärten und Grundschulen werden Kinder mit militärischen Grundbegriffen vertraut gemacht. Erstklässler treten vor NVA-Einheiten auf und singen: „Soldaten sind vorbeimarschiert im gleichen Schritt und Tritt. Wir Pioniere kennen sie und laufen fröhlich mit. Gute Freunde, gute Freunde in der Volksarmee. Sie schützen unsre Heimat, zu Land, zu Luft und auf der See, juche...“. Besuche bei sogenannten Pateneinheiten der Armee und das alljährlich stattfindende Manöver "Schneeflocke", bei dem Kinder militärische Operationen im Gelände üben, dienen dazu, schon den Kleinsten das Soldatenleben schmackhaft zu machen. Einen wichtigen Schritt hin zu einer weiteren Militarisierung der Gesellschaft stellt die Einführung des „Wehrkundeunterrichtes“ am 1. September 1978 dar. Ab der 9. Klasse werden Jungen wie Mädchen mit der Waffentechnik der NVA und der Bruderarmeen des Warschauer Vertrages vertraut gemacht. Mit regelmäßigen mehrtägigen Lehrgängen, bei denen die Jugendlichen kaserniert untergebracht werden, werden die Jungen auf ihren Dienst an der Waffe und die Mädchen auf ihre Rolle als Sanitäterinnen vorbereitet. Diese Art der vormilitärischen Ausbildung gehört auch zu den Pflichtveranstaltungen während Lehre und Studium.

(Zeitrahmen ca. 45 min)

3. Im Frühjahr 1982 verabschiedet die Volkskammer der DDR ein neues und verschärftes Wehrgesetz. Darin wird eine stärkere vormilitärische Erziehung von Kindern und Jugendlichen festgeschrieben. Außerdem bestimmt das Gesetz, dass auch Frauen im Verteidigungsfall an die Waffen gerufen werden sollen. Bereits zuvor gibt es mit der Einführung von Wehrkundeunterricht in der 9. und 10. Klasse Anzeichen einer zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft.

a) „Fordert Volksdiskussion über das neue Wehrdienstgesetz!“ steht auf den Flugblättern, die in der Nacht vom 22. zum 23. April 1982 in verschiedenen Bezirken Ost-Berlins und in Dresden auftauchen. Die Verfasser des Protestschreibens protestieren damit gegen das neue Wehrdienstgesetz und die Art seiner Verabschiedung. Laut der Verfassung der DDR müssen grundlegende Gesetzesänderungen der Bevölkerung unterbreitet werden und die gesellschaftliche Meinung und Diskussion bei der endgültigen Beschlussfassung berücksichtigt werden.

Die Jugendlichen arbeiten bei der Herstellung und Verteilung der Flugblätter mit Handschuhen, um Fingerabdrücke zu vermeiden. Um bei einer eventuellen Verhaftung niemanden preisgeben zu können, wissen die meisten Beteiligten nichts voneinander. Auch nach der Aktion vermeiden diejenigen, die sich kennen, lange Zeit jeglichen Kontakt. Somit werden sie trotz eines großen personellen Aufwands der Staatssicherheit nicht entdeckt.

b) Die Berliner Gruppe „Frauen für den Frieden“ formuliert zum Beispiel eine Eingabe an Erich Honecker gegen das neue Wehrdienstgesetz, der sich schnell mehrere Hundert Frauen anschließen. In einer anderen Aktion sammeln Mütter der Gruppe in Absprache mit Mitgliedern der Bundestagsfraktion der Grünen Bilder ihrer Kinder, die dann durch die Grünen während der Nachrüstungsdebatte im Bundestag am 21./22. November 1983 an alle Fraktionen verteilt werden. Im Namen ihrer Kinder fordern sie sowohl von der Bundesrepublik als auch vom "Friedensstaat" DDR Initiativen zur Abrüstung.

Die "Frauen für den Frieden" aber auch andere Mitglieder von Friedensgruppen versammeln sich in der Erlöserkirche, um vom 6. August 1983 an eine Woche lang für Abrüstung zu fasten. Am 12. Dezember 1983 werden vier Hauptinitiatorinnen der "Frauen für den Frieden" in Berlin verhaftet. Es sind Bärbel Bohley, Ulrike Poppe, Irena Kukutz und Jutta Seidel. Mitglieder des Bundesvorstandes der westdeutschen Grünen, darunter Petra Kelly und Gert

Bastian, die enge Kontakte zu dieser Gruppe unterhalten, protestieren umgehend öffentlich gegen die Verhaftungen.

c) Mit dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ soll gegen die schleichende Militarisierung der DDR demonstriert werden, die seit Mitte der 1970er Jahre zu beobachten ist. Der Zeitzeuge Reinhard Schult nennt insbesondere den Versuch, bereits Kinder mit Hilfe von militärischem Spielzeug, das von der DDR als pädagogisch wertvoll eingestuft wird, in einem militärischen Geist zu erziehen. Auch gegen die Wehrerziehung in den Klassenstufen 9 und 10 soll mit diesem Symbol demonstriert werden.

Der Ausspruch „Schwerter zu Pflugscharen“ stammt aus der Bibel (Altes Testament) und meint eine universelle Friedensvorstellung, die die Abwesenheit von Angst, Heimatlosigkeit und Hunger einschließt. Eine Darstellung dieses Symbols findet sich in einer Plastik, die der UNO von der Sowjetunion geschenkt wird. Da in der DDR ein Textildruck nicht behördlich angemeldet werden muss (anders als beim Papierdruck), nutzen Oppositionelle diese Gesetzeslücke, um ein Lesezeichen mit diesem Friedensmotiv anzufertigen, das bei den Friedensdekaden verteilt wird.

d) Bei Protesten gegen den Irak-Krieg 2003 sieht man vor allem die Regenbogenfahne mit der Aufschrift Pace (lat.: Frieden). Sie weht 1961 zum ersten Mal als Symbol der italienischen Friedensbewegung. Auch die Friedenstaube, 1949 von Pablo Picasso gemalt, ist ein Symbol für den weltweiten Frieden. Die Taube ist schon im Alten Testament ein Zeichen für Frieden. Bekannt ist auch das Peace-Zeichen (CND-Zeichen), welches der Künstler Gerald Holtom 1958 entwirft. Es hat seinen Ursprung in der britischen Kampagne für nukleare Abrüstung (Campaign for Nuclear Disarmament). Es zeigt in einem Kreis die beiden Buchstaben N und D des Winkeralphabets. Auch das Olympische Feuer ist ein Friedenszeichen. Im antiken Griechenland muss zur Zeit der Wettkämpfe Frieden herrschen. Als Zeichen für Waffenstillstand und ein Friedensangebot gilt die weiße Fahne. So demonstrieren damit zum Beispiel die Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkriegs ihren Verzicht auf Gegenwehr gegenüber den Alliierten.

(Zeitraumen ca. 90 min)

4. Eine Antwort von Friedensaktivisten in Ost und West auf das weltweite Aufrüsten sind sogenannte persönliche Friedensverträge. In der Bildergalerie unter Demo 83 > Bewegter Frieden > Persönliche Friedensverträge finden Sie mehrere solcher Friedensverträge.

a) Persönliche Friedensverträge werden zwischen Personen aus unterschiedlichen Ländern geschlossen, so zum Beispiel zwischen Andreas Schaller (DDR) und Markus Erne (Schweiz), Hans Sinn (Kanada) und Michael Kleim (DDR) oder zwischen Burkhard Knopf (DDR) und Erik de Graaf (Niederlande). Es sind Menschen aus Staaten, die unterschiedlichen Systemen und Machtblöcken angehören. Die Überwindung des Blockdenkens ist dabei ein wichtiges Anliegen solcher Verträge. Die Unterzeichner setzen sich für Frieden, Abrüstung und den Abbau von Feindbildern ein. Sie sind gegen Kriege und die gesellschaftliche und politische Militarisierung.

b) Persönliche Friedensverträge haben in erster Linie eine moralische Dimension. Sie sind individuelle Bekenntnisse zum Pazifismus und offenbaren eine friedvolle Geisteshaltung. Gleichwohl machen sie auch bei aktuellen zwischenstaatlichen Konflikten Sinn. Über sie kann gesellschaftlicher Druck auf die politischen Entscheidungsträger ausgeübt werden. Beispiele für sinnvoll abzuschließende persönliche Friedensverträge bei zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen wären der Israel-Palästina-Konflikt oder der Konflikt zwischen Nord-

und Südkorea. Gleiches gilt für Konflikte zwischen verschiedenen Volksgruppen wie zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien (Serben, Albaner, Bosnier, Kroaten).

c) Eine Bedrohung des 21. Jahrhunderts, auf die bei dieser Aufgabe Bezug genommen werden könnte, ist Fundamentalismus bzw. religiöser Fanatismus. Daher könnte ein persönlicher Friedensvertrag heute zwischen Angehörigen unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften geschlossen werden, die sich für religiöse Toleranz einsetzen. Eine andere globale Konfliktlinie, die erwähnt werden kann, verläuft zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, zwischen Arm und Reich, so dass hier ein persönlicher Friedensvertrag im weitesten Sinn auch zwischen Menschen aus solchen Staaten geschlossen werden könnte, die sich dann für eine nachhaltige Entwicklung und eine gerechte Globalisierung einsetzen. Generell kann gesellschaftliches Engagement dazu beitragen, Interessenskonflikte zwischen Staaten und daraus resultierende Feindbilder abzubauen. Wie bei den beiden Beispielen oben beschrieben, können persönliche Friedensverträge eine Form des gesellschaftlichen Handels darstellen.

(Zeitraumen ca. 60 min)

5. 1983 wird die Friedensgemeinschaft in Jena gegründet. Sie ist damals eine der größten Friedensgruppen innerhalb der DDR. Sie gehört auch zu den ersten, die außerhalb des kirchlichen Schutzraumes aktiv werden.

a) Die beiden Zeitzeugen Dorothea Fischer und Roland Jahn erzählen beide, dass der Zusammenschluss erfolgt, um ein gemeinschaftliches Handeln zu ermöglichen. Einzelaktionen soll es nicht mehr geben, sondern der SED-Staat soll sehen, dass sich hier die Opposition formiert. Außerdem ist es der Gruppe wichtig, außerhalb der Kirche zu agieren, um dadurch einen größeren Handlungsspielraum zu haben. Die Mitglieder der Friedensgemeinschaft sollen sorgfältig ausgewählt werden, um eine Unterwanderung durch Stasi-Spitzel zu verhindern. Gleichzeitig ist sie aber auch für neue Mitglieder offen. Auch der Kontakt zu anderen Oppositionsgruppen und eine thematische Offenheit sind ihr wichtig.

b) Die Friedensgemeinschaft Jena tritt sowohl mit gemeinschaftlicher als auch mit Einzelaktionen in Erscheinung. Am 1. Mai 1982, dem offiziellen „Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse“, läuft Roland Jahn, das Gesicht je halbseitig nach dem Konterfei Stalins und Hitlers geschminkt, stundenlang durch die Jenaer Innenstadt.

Zu den Aktionen gehört auch das Verteilen oder Verschicken von Protestpostkarten, wie u.a. die Karte von Uwe Behr, mit der er gegen die Verhaftung Manfred Hildebrandts protestiert. Hildebrandt, der ein Foto von Jahn an die westdeutsche Zeitschrift der "Spiegel" schmuggelt - auf dem Foto trägt Jahn eine Mundbinde mit der Aufschrift „Bildungsverbot“ - wird u.a. für dieses Vergehen mit 16 Monaten Haft bestraft.

Am 14. November 1982 organisieren die Jenenser Friedensaktivisten auf dem Jenaer Platz der Kosmonauten eine Schweigedemonstration für den Frieden, die gleichzeitig auch eine Demonstration für die inhaftierten Freunde Manfred Hildebrandt, Roland Jahn und Ingo Güther ist. Letzterer ist wegen Wehrdienstverweigerung eingesperrt. Trotz Stasi-Präsenz versammeln sich etwa achtzig Menschen mit Plakaten. Eine öffentliche Friedensgedenkminute zum Heiligen Abend 1982 kann die Stasi verhindern, in dem sie die Innenstadt weiträumig absperrt. Erfolgreich verläuft dagegen eine Gedenkdemo an die Bombardierung Jenas im Zweiten Weltkrieg am 18. März 1983. Inzwischen ist die Friedensgemeinschaft gegründet und mehrere ihrer Mitglieder treten mit Plakaten wie "Frieden schaffen ohne Waffen" oder Slogans gegen den Militarismus in der DDR öffentlich

auf.

Am 19. Mai 1983 beteiligen sich Mitglieder der Friedensgemeinschaft an einer offiziell von der FDJ organisierten Demonstration gegen den NATO-Doppelbeschluss. Sie bringen wieder eigene Plakate mit, auf denen sie gegen die Aufrüstung auch im Osten protestieren. Auf dieser Demonstration gelingt es Roland Jahn sogar kurz an das Rednermikrofon zu gelangen. Vor Tausenden FDJlern formuliert er seinen Protest gegen die Aufrüstung im Osten und die Militarisierung der Gesellschaft.

c) Am 18. Mai 1983 startet die Stasi die Aktion "Gegenschlag". Innerhalb von drei Tagen werden vierzig Personen in den Westen abgeschoben. Unter ihnen sind viele Mitglieder der Friedensgemeinschaft, wie Dorothea Fischer. Sie müssen mit ihren Familien innerhalb von 48 Stunden die DDR verlassen. Der Staat will sie loswerden. Roland Jahn versucht seine Ausreise zu verhindern, wird jedoch am 7. Juni 1983 festgenommen und gewaltsam in den Westen abgeschoben.

Am Tag zuvor entwirft die Stasi einen minutiösen Plan unter dem Titel „Vorgesehene Maßnahmen zur Realisierung der Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR/Übersiedlung in die BRD des JAHN, Roland“. Jahn wird unter einem Vorwand zum Stadtrat des Inneren vorgeladen. Dort eröffnet man ihm, dass seinem Ausreiseantrag - den Jahn unter Druck im Gefängnis gestellt und nach seiner Entlassung wieder zurückgezogen hat - stattgegeben sei. Stasi-Mitarbeiter begleiten ihn zu seiner Wohnung und er erhält "die Gelegenheit, sein Reisegepäck zusammenzustellen." Jahn wird daraufhin wieder zum Stadtrat gebracht, um sich dort, unter Aufsicht der Stasi, kurz von seinen Eltern zu verabschieden. Anschließend übergibt man ihn der Schutzpolizei, die ihn unter strenger Bewachung zur Grenzübergangsstelle Probstzella begleitet und nach Westen abschiebt. Um jeden Fluchtversuch in letzter Minute zu vereiteln, wird Jahn mit Handschellen in einer Zugtoilette des Interzonenzugs angekettet bis er die Grenze hinter sich gelassen hat. Er darf bis 1989 wie viele andere Oppositionelle auch nicht mehr in die DDR einreisen.

d) Dorothea Fischer und Andreas Friedrich reisen offiziell aus der DDR aus. Bereits gestellte Ausreiseanträge werden nicht mehr zurückgenommen. Die DDR-Behörden lassen ihnen kaum Gelegenheit, darüber nachzudenken, was nun passiert. Roland Jahn widersetzt sich seiner Ausbürgerung in den Westen, hat aber gegen die Staatsgewalt keine Chance. Alle drei haben das Gefühl, nun den Entwicklungen in der DDR untätig zusehen zu müssen. Sie müssen Freunde, Familienangehörige und Weggefährten zurücklassen und gehen in eine unbekannte Zukunft. Gefühle von Hoffnungslosigkeit, Desillusion und Heimatlosigkeit machen sich breit. Den nötigen Halt in der neuen Umgebung finden Sie bei Freunden, die auch schon abgeschoben oder ausgereist sind.

e) Nach den Aktionen der Friedensgemeinschaft kommt es an Jenaer Schulen zu Diskussionen über das Auftreten und die Absichten der Oppositionellen. Die Staatssicherheit beobachtet und dokumentiert diese Diskussionen sehr ausführlich. Nach Ansicht von Teilen der Schülerschaft handelt es sich bei den Oppositionellen der Kleidung nach um Gammler. Vereinzelt vertreten Schüler jedoch auch die Meinung, dass sie es nicht schlimm finden, wenn oppositionelle Gruppen an Demonstrationen teilnehmen.

Außerdem registriert die Staatssicherheit eine erkennbare Zurückhaltung bei manchen Jugendlichen, wenn es um Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht. Schüler argumentieren, dass das Wettrüsten nur durchbrochen werden könne, wenn ein Land den Anfang bei der Abrüstung mache. Die Verbreitung dieses Gedankenguts führt die Staatssicherheit auf die Aktivitäten der Jungen Gemeinde in Jena und der Friedensgemeinschaft zurück.

(Zeitrahmen ca. 90 min)

6. Als Fanal für die jugendlichen Oppositionellen in Jena wirkt der Tod von Matthias Domaschk am 12. April 1981. Domaschk ist Mitglied der Jungen Gemeinde Stadtmitte und 1976 an der Aktion gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns beteiligt. Auch danach organisiert er weiterhin Lesungen und hilft mit, regimekritische Literatur zu verbreiten.

- a)
- Festhalten durch die Transportpolizei ohne Angabe von Gründen
 - Überführung in die U-Haft nach Gera (gefesselt und mit Redeverbot)
 - Unterbringung in Einzelzellen ohne Fenster und Schlafgelegenheit
 - Abgabe von persönlichen Gegenständen
 - keine Möglichkeit, einen Rechtsbeistand zu informieren
 - ab 23 Uhr Verhöre, die bis zum nächsten Mittag dauern

In der Diskussion sollte es nicht primär um die Frage gehen, ob die Staatssicherheit Matthias Domaschk ermordet oder er sich selbst umgebracht hat. Wichtiger ist die Tatsache, dass ein junger Mann aus nichtigem Grund verhaftet wird, unter starken psychischen und physischen Druck gesetzt wird und schließlich in der Stasi-Haft ums Leben kommt. Die Methoden von Polizei und Staatssicherheit wirken sich demoralisierend auf den Zustand von Matthias Domaschk aus. Zudem werden fundamentale rechtstaatliche Prinzipien verletzt, weil kein Rechtsbeistand gewährleistet ist, keine Gründe für die Verhaftung genannt werden und die Haftbedingungen unzumutbar sind.

b) Am 9. April 1982, ein Jahr nach Domaschks Tod, stellen Freunde zur Erinnerung eine Sandsteinskulptur auf dem Jenaer Johannfriedhof auf: einen schutzsuchenden Menschen, darunter der Name Matthias Domaschk und dessen Lebensdaten. Gefertigt hat die Plastik der Bildhauer Michael Blumhagen. Schon vier Tage später entfernt ein Einsatzkommando im Auftrag der Stasi die 200 kg schwere Skulptur. Alles soll möglichst ohne Aufsehen passieren. Aber Roland Jahn, der mit Domaschk befreundet war, liegt mit dem Fotoapparat auf der Lauer und hält die Aktion fest. Michael Blumhagen wird am 7. Juni 1982 als Reservist zur NVA einberufen. Dies scheint seine Strafe für die Skulptur in Erinnerung an Matthias Domaschk zu sein. Da er den Dienst an der Waffe verweigert, was er auf dem Wehrkreiskommando schon kurz nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 erklärt hat, wird ihm der Prozess gemacht und er wird zu sechs Monaten Haft verurteilt. Roland Jahn indes gelingt es, die Fotos, die er bei der Stasi-Aktion gemacht hat, in den Westen zu schmuggeln. Sie werden kurz darauf im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ veröffentlicht. Das Haus von Michael Blumhagen wird wegen angeblicher Bauфälligkeit abgerissen. Auch das ist eine Bestrafung der Freunde von Matthias Domaschk. Eine weitere Aktion, mit der an den Tod von Matthias Domaschk erinnert werden soll, sind Gedenkanzeigen in der Thüringer Landeszeitung und der SED-Zeitung „Volkswacht“. Die Annonce wird zudem als Flugblatt im Stadtgebiet von Jena verteilt.

(Zeitraumen ca. 45 min)

7. Unterstützung aus dem Ausland erhalten die DDR-Oppositionellen besonders von der internationalen Menschenrechtsorganisation amnesty international und von der westdeutschen Partei Die Grünen.

a) Unterstützung erfährt die DDR-Opposition aus dem Ausland durch Solidaritätsbekundungen und -veranstaltungen sowie durch den Einsatz für politische Gefangene in der DDR. Auch nutzen westdeutsche Politiker ihren Einfluss, um Druck auf die DDR-Führung auszuüben. Der Kontakt in den Westen ist für die DDR-Friedensaktivisten aber auch aus einem anderen Grund von großer Bedeutung: Vor allem über ihre Verbindungen in die Bundesrepublik gelingt es den Friedensgruppen immer wieder, mediale und materielle Unterstützung (z.B. durch den Druck von Flugblättern) für ihre Arbeit in der DDR zu organisieren. So werden Informationen über die DDR-Friedensbewegung im Ausland veröffentlicht. Viele Solidaritätsaktionen von westdeutschen und westeuropäischen Organisationen verschaffen der DDR-Friedensbewegung international Gehör und einen gewissen Schutzraum. Je mehr über die Friedensaktivisten in den Medien berichtet wird, desto schwerer wird es für die DDR-Sicherheitsorgane, diese einfach zu verhaften und abzuschieben.

b) Hier gilt es herauszuarbeiten, dass die Unterstützung der DDR-Opposition einerseits ideell und andererseits materiell sein könnte. Wichtig könnte es sein, dass Gefühl zu vermitteln, dass man in einem so abgeschotteten Land wie der DDR im Ausland wahrgenommen wird. Denkbar wären öffentliche Solidaritätsbekundungen mit den Zielen der Oppositionellen und die Anerkennung ihrer Courage, gegen das SED-Regime aufzubegehren. Auch die Veröffentlichung der Namen von Inhaftierten kann dazu beitragen, Druck auf das Regime auszuüben. Auch könnte das willkürliche Vorgehen der DDR-Behörden öffentlich bekannt gemacht werden. Materielle Hilfe könnte zum Beispiel finanzielle Unterstützung bei der Beschaffung von Druckutensilien sein. Möglich wäre es auch, den geflüchteten oder ausgewiesenen Regimegegnern im Westen Unterschlupf zu geben.

(Zeitraumen ca. 45 min)

8. In Dresden bildet sich um Anette Ebischbach (später Johanna Kalex) ähnlich wie in Jena eine Friedensgruppe, die zunächst auch unter dem Dach der Kirche aktiv ist. Später benennt sich diese Gruppierung in Wolfspelz um und distanziert sich auch von der evangelischen Kirche.

a) Den Vornamen Johanna erhält Anette Ebischbach mit 13 Jahren von ihren Freunden aus der Dresdner Hippie-Szene. Später übernimmt sie diesen als ihren offiziellen Vornamen. 1982 heiratet sie den Friedensaktivisten Roman Kalex. So wird aus Anette Ebischbach Johanna Kalex.

b) Die Friedensgruppe um Johanna Kalex wirft der Evangelischen Kirche in der DDR zu viel Kompromissbereitschaft gegenüber den DDR-Behörden vor und verlässt den Schutzraum, den die Kirche den Oppositionellen bietet. Die Gruppe „Initiative 13. Februar“ organisiert eigene Veranstaltungen und vertritt radikal pazifistische Positionen, die sich kaum mit den moderaten Vorstellungen der Evangelischen Kirche vertragen. Der sächsische Landesbischof Johannes Hempel bezeichnet die Gruppe um Johanna Kalex als „Wölfe im Schafspelz“. Von nun an nennt sich die Gruppe Wolfspelz. Eigentlich sieht sich die

Gemeinschaft aber eher als „Schafe im Wolfspelz“, die radikal auftreten, aber eine friedliche Gesinnung haben.

c) Eine spektakuläre Aktion der Gruppe um Johanna Kalex ist der Aufruf zu einem Schweigemarsch in Dresden am 13. Februar 1982, dem Jahrestag der Bombardierung der Stadt. In der Stunde des Bombenangriffs von 1945, kurz vor 22 Uhr, soll der Marsch zur Ruine der Frauenkirche führen, an der dann brennende Kerzen aufgestellt werden sollen. Die Aktion ist gut geplant. Schon im Herbst 1981 verteilt die Gruppe Aufrufe zur Teilnahme an dem Schweigemarsch in der ganzen DDR.

Um die Menschen von der Demonstration auf der Straße abzulenken, öffnet die Kirchenleitung am 13. Februar die Dresdner Kreuzkirche zu einem "Friedensforum". Doch die Demonstration wird ein voller Erfolg. Fast 8.000 Menschen aus der ganzen DDR pilgern in dieser Nacht nach dem Friedensforum in der Kreuzkirche zur Dresdner Frauenkirche und stellen dort Kerzen auf und legen Blumen nieder, selbst die Westpresse ist vor Ort. Der Schweigemarsch ist eine der größten Aktionen der Friedensbewegung in der DDR.

(Zeitrahmen ca. 30 min)